

Industrie-KMU leiden

Die schwache Nachfrage, der starke Franken und die US-Zölle belasten die Unternehmen.

Drei von vier Unternehmen der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM) beurteilen ihre aktuelle Lage als «ungünstig». Das zeigt der neue Wirtschaftsbarometer des Branchenverbands Swissmechanic, der vor allem KMU vereint. Die mittelständischen Unternehmen der MEM-Industrie stehen demnach weiterhin unter Druck – geprägt von schwacher Nachfrage, der anhaltenden Stärke des Schweizer Frankens und

den Folgen der US-Zölle. Rund die Hälfte der Betriebe meldet gemäss dem Wirtschaftsbarometer rückläufige Auftragseingänge und Umsätze. Nur jedes fünfte Unternehmen berichtet von steigenden Aufträgen und Umsätzen, lediglich jedes siebte KMU von steigenden Margen.

Die Margenerosion hält nun bereits seit drei Jahren unvermindert an und schränkt die Investitionsmöglichkeiten vieler Unternehmen ein, so Swissme-

chanic. Jedes vierte Unternehmen muss wegen Finanzierungsrestriktionen geplante Investitionen aufschieben. Bei den meisten von diesen Unternehmen fehlen die Eigenmittel dafür.

Anteil der Betriebe mit Kurzarbeit ist gestiegen

Die Kapazitätsauslastung bleibe unter dem mehrjährigen Durchschnitt. Zwar verfügen 71 Prozent der Unternehmen über

Aufträge für die nächsten vier Wochen, doch nur ein Viertel kann die Produktion länger als zwölf Wochen sichern. Auch der Anteil der Betriebe mit Kurzarbeit ist gestiegen: Aktuell nutzen 21 Prozent dieses Instrument, bei über der Hälfte betrifft es mehr als 40 Prozent der Mitarbeitenden. Vier von zehn Unternehmen haben bereits Massnahmen zur Stabilisierung umgesetzt; von Prozess- und Kostenoptimierungen bis zur

Erschliessung neuer Märkte in Europa.

«Unsere KMU sind keine Kurzstreckenläufer. Sie beweisen seit Jahren, dass sie auch auf langen Distanzen durchhalten – von der Energiekrise über die Pandemie bis zu den aktuellen Zöllen. Doch jetzt braucht es stabile Rahmenbedingungen, damit dieser Marathon nicht endlos wird», lässt sich Nicola Tettamanti, Präsident von Swissmechanic, zitieren. (*mim*)

«Switzerland first» gilt heute schon

Schweizer Firmen werden bei öffentlichen Vergaben in der Heimat bevorzugt – und sie profitieren auch von der Offenheit Europas

MATTHIAS BENZ

Viele finden das Motto «Switzerland first» plötzlich gut. Der Fall Stadler hat bis weit in bürgerliche Kreise hinein nationalistische Reflexe ausgelöst. «Wie dumm kann man sein?», kommentierte der ehemalige Präsident der Mitte-Partei auf der Plattform X. Die SBB hatten entschieden, 116 neue Doppelstockzüge für rund 2 Milliarden Franken bei der deutschen Siemens zu bestellen statt beim einheimischen Platzhirschen Stadler Rail.

Der Fall wirft Fragen auf: Wie viele öffentliche Aufträge gewinnen ausländische Firmen eigentlich in der Schweiz? Und wie viele Aufträge erhalten Schweizer Firmen umgekehrt in der EU? Dazu gab es bis jetzt keine Zahlen. Eine NZZ-Datenauswertung zeigt erstmals die Grössenordnungen.

Verschleierte Nationalität

Analysen stehen vor einer hohen Hürde: Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen lässt sich oft gar nicht so leicht erkennen, was eine ausländische Firma ist. Das illustriert der jüngste SBB-Grossauftrag. Siemens hat sich für die Vergabe über die Schweizer Tochter Siemens Mobility AG in Wallisellen beworben – der Bieter ist also formell ein Schweizer Unternehmen. Genau gleich macht es auch Stadler Rail, wenn sich das Unternehmen um einen Grossauftrag beispielsweise in Deutschland bemüht: Das Angebot stellt dann meist die deutsche Stadler-Tochtergesellschaft mit Sitz in Pankow bei Berlin.

Bei Siemens und Stadler weiss die Öffentlichkeit, dass im Hintergrund ein deutscher und ein Schweizer Mutterkonzern stehen. Doch in vielen anderen Fällen lässt sich das nur mit viel Aufwand ermitteln. In der Schweiz werden Tausende und in der EU sogar Hunderttausende öffentlicher Aufträge pro Jahr vergeben.

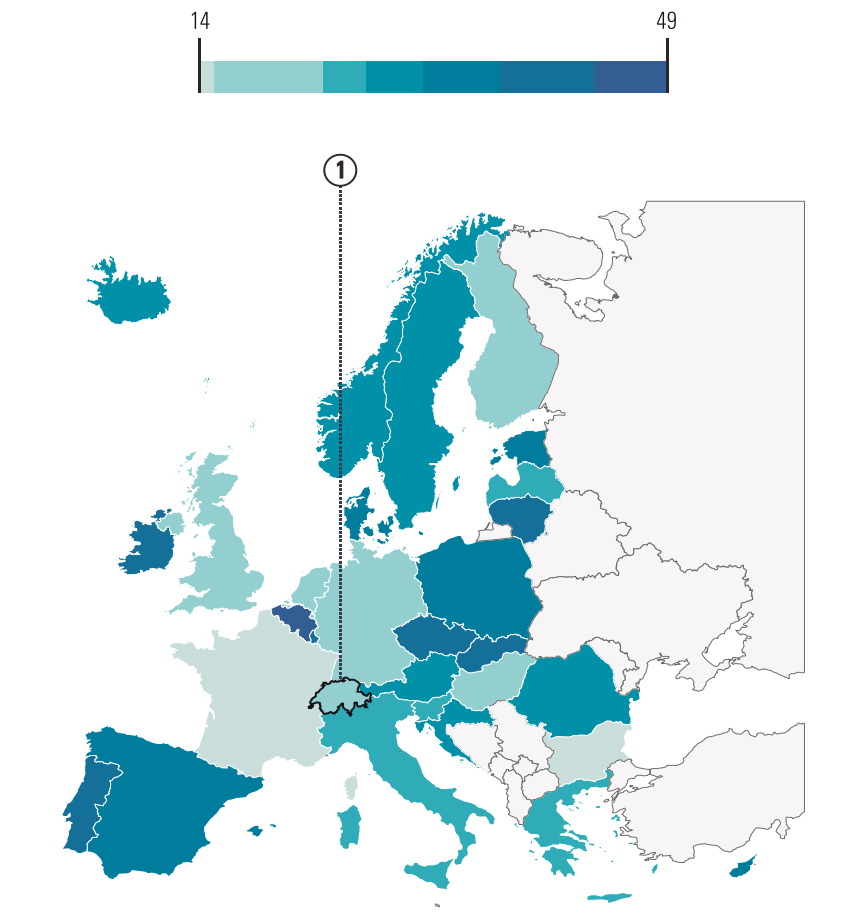
Von Zügen bis Kindergärten

Eine Studie im Auftrag der EU-Kommission hat sich die Mühe gemacht, für öffentliche Aufträge in Europa zu bestimmen, ob sie an eine einheimische oder an eine ausländische Firma gingen. Aus dieser Studie lassen sich Zahlen dazu ableiten, wie viele Aufträge Schweizer Firmen in der EU gewinnen – und umgekehrt.

Die EU-Studie umfasst öffentliche Aufträge in den EU-27-Ländern, im Vereinigten Königreich und in den Efta-Staaten (inklusive Schweiz) in den Jahren 2016 bis 2019. Schweizer Firmen können seit dem Inkrafttreten der Bilateralen I im Jahr 2002 im EU-Raum

So viele Aufträge gehen ins Ausland

Wert von öffentlichen Aufträgen, die ein Land an ausländische Unternehmen vergibt, in Prozent des Werts aller öffentlichen Aufträge



① Die Schweiz vergibt wertmässig 23,3 Prozent aller öffentlichen Aufträge an ausländische Unternehmen. Sie liegt damit unter dem Schnitt der EU- und Efta-Länder (26,4 Prozent).



Die unterschiedlich grossen Gruppen kommen durch ein statistisches Verfahren zustande, welches die Werte so in Gruppen einteilt, dass die Unterschiede zwischen den Regionen möglichst gut sichtbar werden (Jenks Natural Breaks).

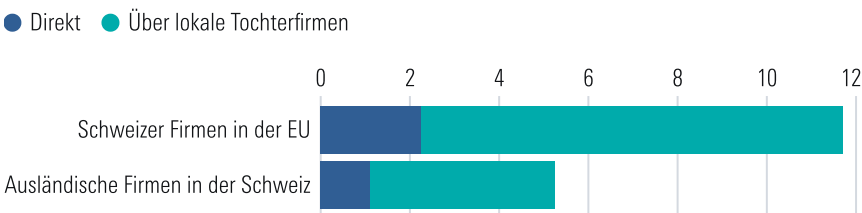
Nur öffentliche Aufträge mit einem Wert bis 200 Millionen Euro. Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2019. Die Zahlen beinhalten sowohl Aufträge, die direkt an im Ausland ansässige Unternehmen gehen, als auch Aufträge an lokale Tochterunternehmen ausländischer Unternehmen.

QUELLEN: EUROPÄISCHE KOMMISSION, NATURAL EARTH

NZZ / fsl.

Wer wie viele öffentliche Aufträge erhält

Gesamtvolumen in Milliarden Euro, 2016–2019



QUELLEN: EU-KOMMISSION, EIGENE BERECHNUNGEN

NZZ / mbe.

gleichberechtigt bei öffentlichen Aufträgen mitbieten – und umgekehrt.

Bei den öffentlichen Aufträgen geht es selten um Zugbestellungen wie im Fall der SBB. Am häufigsten schreibt die öffentliche Hand Bauvorhaben aus – von Nationalstrassen bis zu Kindergärten. Staatliche Stellen bestellen oft auch neue Abwasserreinigungsanlagen, beauftragen IT-Projekte, kaufen Rüstungsgüter, Medizinprodukte oder Feuerwehrautos.

Verschlussenes Frankreich

Aus den Daten der EU-Studie lässt sich errechnen, wie viele öffentliche Aufträge in der Schweiz an ausländische Firmen vergeben werden (direkt und indirekt über lokale Tochterfirmen). Im Zeitraum 2016 bis 2019 waren es Aufträge im Gesamtwert von über 5,3 Milliarden Euro (oder durchschnittlich rund 1,3 Milliarden Euro pro Jahr).

Mithin wurden 24,5 Prozent aller öffentlichen Aufträge einem ausländischen Unternehmen zugeschlagen. Betrachtet man nur Aufträge im Wert von weniger als 200 Millionen Euro (rund 92 Prozent des Totals), gingen 23,3 Prozent an ausländische Firmen.

Die Schweiz gehört damit in Europa eher zu den Ländern, die einheimische Firmen bevorzugen. Am verschlossensten ist Frankreich: Nur rund 15 Prozent der öffentlichen Aufträge gehen an ausländische Firmen. Damit bestätigt sich das Vorurteil, dass Frankreich eine nationalistische Vergabepolitik betreibt. Deutschland agiert mit 21 Prozent ähnlich wie die Schweiz – und liegt ebenfalls unter dem EU-Durchschnitt von 26,4 Prozent. Am offensten ist Belgien mit 49 Prozent.

Kleine Länder sind tendenziell zugänglicher als grosse. Das dürfte daran liegen, dass grosse Länder einen bedeutenden Heimmarkt mit vielen einheimischen Firmen haben, während kleine Länder eher auf ausländische Anbieter zurückgreifen müssen. Doch es gibt Ausnahmen: Spanien (36 Prozent) und Polen (33 Prozent) sind grosse Länder und haben dennoch einen hohen Offenheitsgrad.

Die Schweiz hingegen ist für ein kleines Land eher verschlossen. So vergibt etwa das ähnlich kleine Österreich deutlich mehr öffentliche Aufträge an ausländische Firmen (31 Prozent). Das zeigt: Man lebt bereits ein Stück weit nach dem Motto «Switzerland first».

EU-Aufträge von 3 Milliarden

Umgekehrt profitieren Schweizer Firmen von den Möglichkeiten, die der grosse EU-Markt bietet. Aus der EU-Studie lässt sich errechnen, wie viele

öffentliche Aufträge Schweizer Unternehmen (direkt und indirekt) in den EU-Ländern gewinnen: Im Zeitraum 2016 bis 2019 waren es Aufträge im Gesamtwert von über 11,7 Milliarden Euro. Das sind durchschnittlich 2,9 Milliarden Euro pro Jahr.

Somit gewannen Schweizer Firmen mehr als doppelt so viele Aufträge in der EU wie umgekehrt ausländische Unternehmen in der Eidgenossenschaft. Das zeigt, wie wichtig für eine kleine Volkswirtschaft wie die Schweiz der Zugang zu Auslandsmärkten ist. Wenn jedes Land öffentliche Aufträge nur noch an einheimische Firmen vergäbe, gehörten Schweizer Unternehmen auf jeden Fall zu den Verlierern.

Wichtige lokale Tochterfirmen

Die EU-Studie hat einige Einschränkungen. Sie umfasst nur Daten von 2016 bis 2019; neuere Zahlen liegen nicht vor. Allerdings dürfte sich das grosse Bild seither kaum verändert haben. In der Studie sind zudem nur öffentliche Aufträge enthalten, die auf der europäischen Meldeplattform TED gemeldet werden. Für die EU-Länder betraf dies über die untersuchten vier Jahre ein Volumen von 870 Milliarden Euro und für die Schweiz ein solches von 21,5 Milliarden Euro.

Der tatsächliche Markt für öffentliche Aufträge ist aber um einiges grösser, denn staatliche Stellen müssen vor allem kleine Aufträge nicht melden, und bisweilen werden Meldungen vergessen. Tendenziell dürfte dies die Offenheitsgrade der Länder senken, denn bei Kleinaufträgen kommen wohl vor allem inländische Firmen zum Zug.

Die EU-Studie macht einen weiteren Punkt deutlich: Die meisten grenzüberschreitenden Vergaben erfolgen indirekt. Das heisst, dass Firmen über lokale Tochtergesellschaften offerieren – so wie dies Siemens in der Schweiz oder Stadler Rail im EU-Ausland tun. Man kann sich fragen, ob man in diesen Fällen überhaupt von «ausländischen» Firmen sprechen sollte. Siemens wird die SBB-Züge zwar in Deutschland fertigen. Doch Siemens Mobility ist in der Schweiz ein grosses Industrieunternehmen mit rund 5300 Beschäftigten. Stadler wiederum unterhält weltweit sechzehn Produktions- und Komponentenwerke und beschäftigt allein in Berlin-Pankow rund 2000 Mitarbeiter.

Das zeigt: Siemens und Stadler sind nicht einfach «deutsche» oder «Schweizer» Firmen. Beide Unternehmen sind internationale Industriekonzerne, die darauf angewiesen sind, dass sie ihre Produkte weltweit anbieten können.

Mitarbeit: Florian Seliger

Novartis annonce la suppression de 550 postes en Suisse d'ici à 2027

PHARMA Le géant bâlois prévoit une réorganisation de son site de Stein, ce qui l'amènera à réduire ses effectifs. Des mesures sans lien avec ses investissements massifs prévus aux Etats-Unis, précise la multinationale

ATS

Le géant pharmaceutique Novartis réduit la voilure en Suisse. Le groupe interrompra d'ici à 2027 la finition de comprimés et capsules dans son usine argovienne de Stein, près de Bâle. La mesure entraînera la suppression de plus d'un demi-millier de postes à cette échéance.

Ces mesures devraient entraîner la suppression de 550 postes fixes d'ici à fin 2027, annonce Novartis mardi dans un communiqué. A cela s'ajouteraient 150

emplois temporaires, a indiqué à AWP le syndicat Unia. Les contrats de ces travailleurs ne seront pas reconduits une fois arrivés à leur terme, précise Novartis.

Le site, qui compte aujourd'hui 1600 collaborateurs, sera automatisé et continuera de fonctionner comme centre de compétence pour les formes galéniques stériles et pour la production commerciale de thérapies cellulaires complexes et personnalisées. Un investissement de 26 millions de dollars (21 millions de francs) est prévu à cet effet, est-il précisé.

Mesures «incompréhensibles»

Dans le même temps, Novartis prévoit d'investir 80 millions de dollars dans sa production sur le site de Schweizerhalle et d'y créer environ 80 nouveaux emplois à temps plein d'ici à fin 2028. Cet investissement vise le développe-

ment d'ARNsi, un élément important de la stratégie du groupe dans le domaine des maladies cardiovasculaires, rénales et métaboliques.

Une procédure de consultation est engagée et les collaborateurs concernés disposent d'un plan social, prolongé jusqu'en 2028, précise la firme, qui encouragera notamment des départs à la retraite anticipée. Au total, Novartis compte quelque 10000 employés en Suisse, soit 13% de ses effectifs totaux (78310).

Unia condamne vivement ces coupes, «incompréhensibles». «Dans le cadre des discussions qui ont lieu chaque automne avec les partenaires sociaux, nous avons explicitement demandé au groupe si des emplois étaient menacés à Stein, notamment en lien avec l'introduction des droits de douane aux Etats-

Unis. On nous a garanti que le site était sûr», a dénoncé Corinne Schärer, coresponsable du secteur Industrie au sein du syndicat.

Pour elle, il s'agit de mesures visant à «augmenter des profits déjà élevés, au détriment des employés». La syndicaliste exhorte ainsi Novartis à renoncer à ces mesures «catastrophiques pour la place industrielle helvétique», d'examiner des alternatives et de prolonger la procédure de consultation.

Ouverture de plusieurs usines en Caroline du Nord

Il y a cinq jours à peine, en marge de la présentation de sa nouvelle feuille de route à moyen terme, le directeur général, Vasant Narasimhan, affirmait également que la production en Suisse ne subirait aucun changement.

Interrogée par AWP, la multinationale rhénane affirme que ces mesures sont sans lien avec les investissements massifs prévus aux Etats-Unis ces cinq prochaines années.

Dans le cadre de ce plan chiffré à 23 milliards de dollars et annoncé dans la foulée du tour de vis douanier américain, Novartis prévoit l'ouverture de plusieurs usines en Caroline du Nord, assortie de la création de 700 emplois d'ici à fin 2030. Le béhémoth bâlois veut ainsi s'assurer que l'ensemble de ses médicaments destinés aux patients américains soient produits sur sol américain.

L'accord-cadre conclu il y a une dizaine de jours entre Washington et Berne, annonçant un abaissement des taxes de 39 à 15%, prévoit que les entreprises suisses investissent au total 200 milliards de dollars outre-Atlantique sur cinq ans. ■

La vague de suppressions de postes devrait se calmer

EMPLOI. Nestlé, Sika, Aryzta et d'autres groupes suisses réduisent leurs effectifs, tandis que les indicateurs laissent entrevoir un redressement progressif du marché du travail.

Les entreprises suisses ont élagué leurs effectifs ces dernières semaines avec un total de quelque 19.100 suppressions de postes annoncées et chiffrées au niveau mondial. Si de nombreux secteurs d'activité sont touchés, les économistes s'attendent à une amélioration de la situation en Suisse dès la fin d'année.

Le coup de massue est venu du géant alimentaire Nestlé qui a dévoilé mi-octobre une lourde restructuration. A peine nommé, le nouveau directeur général Philipp Navratil a annoncé 16.000 suppressions de postes au niveau mondial sur deux ans, dont 12.000 places de cadres. Les 4000 autres coupes se concentreront sur la production et les chaînes d'approvisionnement. La direction vise des économies annuelles de 3,0 milliards de francs.

Le traiteur industriel Bell a annoncé début novembre

que la production de la ligne d'aliments à longue conservation se concentrera à l'avenir sur les sites de Radolfzell, en Allemagne, et de Zasmuky, en République tchèque, au détriment de Redditch, au Royaume-Uni. Le site outre-Manche doit cesser toute activité une fois achevée cette délocalisation, qui affectera environ 80 emplois. La restructuration se poursuit dans les salades également avec la mise hors service d'une partie des infrastructures du site de Marchtrenk, en Autriche.

Suppressions «significatives»

Le boulanger industriel Aryzta va aussi supprimer un nombre «significatif» de postes dans l'ensemble du groupe, 30 emplois à temps plein devant disparaître en Suisse.

Dans la construction, Sika a lancé un vaste plan de restructuration destiné à redorer

sa rentabilité après un troisième trimestre morose. Le programme de restructuration prévoit une réduction des effectifs à hauteur de 1500 personnes. Les coupes se concentreront surtout sur la Chine.

L'industrie n'est pas épargnée. Le fabricant de compresseurs à piston Burckhardt Compression prévoit de délocaliser une partie de ses activités. Plusieurs dizaines de postes seront supprimés au siège à Winterthur et délocalisés en Inde.

Le spécialiste des systèmes de fixation SFS prévoit quant à lui de fermer son site de Flawil (SG). Environ un tiers des employés seront relocalisés à Heerbrugg, le reste des postes devant être supprimés.

Le logisticien Kuehne+Nagel veut lui élaguer 1000 à 1500 des 85.000 emplois que compte le groupe. Il entend réduire sa base de coûts d'au moins 110 millions de francs.

En dépit des réductions d'effectifs et une remontée du taux de chômage de 0,1 point à 2,9% en octobre, les perspectives en matière d'emploi pourraient prochainement s'éclaircir.

L'emploi temporaire affecté

«Malgré les droits de douane américains, la dynamique baissière ne s'est pas accentuée récemment», ont constaté les économistes du KOF dans leur indicateur de l'emploi. Les sociétés interrogées se montrent «un peu plus confiantes, tant en ce qui concerne les effectifs actuels que les mois à venir», selon le sondage.

L'instauration de surtaxes douanières américaines sur les produits suisses a en revanche mis à mal le travail temporaire et le placement d'employés au troisième trimestre. Mais une stabilisation est escomptée ces prochains mois, d'après l'indice Swiss Staffingindex. (ats)

Le nombre de postes vacants diminue

EMPLOI. Malgré un marché de l'emploi stable, les entreprises signalent une baisse de 10% en un an des places libres et une légère amélioration du recrutement de profils qualifiés.

Le volume total de l'emploi en Suisse est demeuré stable au troisième trimestre, s'enrobant marginalement de 0,1% sur un an et s'étiolant d'autant en glissement séquentiel.

Le nombre de postes vacants publiés par les entreprises, en revanche, s'est évaporé de plus d'un dixième en comparaison annuelle, a indiqué lundi l'Office fédéral de la statistique.

Les statisticiens fédéraux ont recensé sur la période un total de 5,53 millions d'emplois salariés privés – hors agriculture –, soit 2800 de plus qu'un an plus tôt.

Calculé en équivalents plein-temps, le volume de l'emploi a baissé de 3000 postes à 4,32 millions de postes.

Temps partiel

Les femmes demeurent sur-représentées dans le domaine du travail à temps partiel,

constituant deux bons tiers avec 2,28 millions de personnes concernées.

Les entreprises ont annoncé entre juillet et fin septembre 88.400 places vacantes, 10.300 de moins que sur la même période l'an dernier.

Elles ont parallèlement connu une légère embellie dans le recrutement de personnel qualifié, le taux d'insatisfaction en la matière s'atténuant de 1,7 point de pourcentage à 36,3%.

Les établissements suisses prévoyant de renforcer leurs effectifs représentaient près de 10% de l'emploi total, contre 11% un an plus tôt, quand celles envisageant plutôt des coupes représentaient 5,4% (5,1%).

L'indicateur des prévisions d'évolution de l'emploi demeure néanmoins positif avec une valeur de 1,02 point. (ats)

Schweizer Medianlohn stieg im Jahr 2024 auf 7024 Franken

Neue Lohndaten Der Medianlohn für eine Vollzeitstelle lag im vergangenen Jahr 236 Franken höher als noch im Jahr 2022. Jede zehnte angestellte Person bezog derweil einen Tieflohn.

Nicoletta Gueorguiev (SDA)

Im Jahr 2024 belief sich der monatliche Bruttomedianlohn für eine Vollzeitstelle im privaten oder im öffentlichen Sektor in der Schweiz auf 7024 Franken pro Monat. Die 10 Prozent der Arbeitnehmenden mit den tiefsten Löhnen verdienten weniger als 4635 Franken pro Monat, während die am besten bezahlten 10 Prozent der Arbeitnehmenden einen Lohn von über 12'526 Franken erhielten, wie das Bundesamt für Statistik gestern Morgen mitteilte.

Zwischen 2008 und 2024 blieben die Unterschiede zwischen dem oberen und dem unteren Ende der Lohnpyramide in der Schweiz in der Gesamtwirtschaft insgesamt stabil. In diesem Zeitraum stiegen die Löhne der am schlechtesten bezahlten 10 Prozent der Arbeitnehmenden am stärksten an, bei den am besten bezahlten Arbeitnehmenden erhöhten sie sich um rund 17 Prozent. In der «Mittelschicht» fiel das Lohnwachstum mit rund 15 Prozent am tiefsten aus.

Gewerkschaften: Teuerung sorgt für tiefere Reallöhne

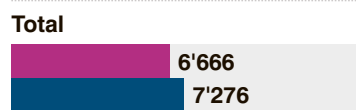
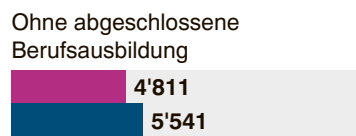
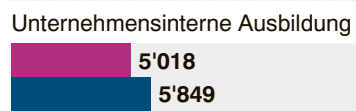
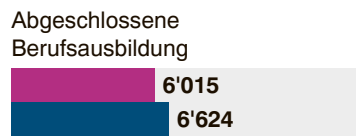
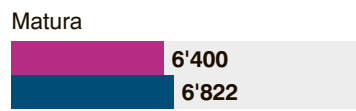
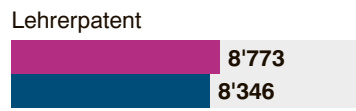
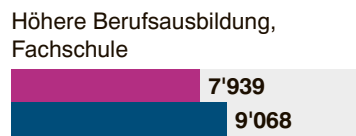
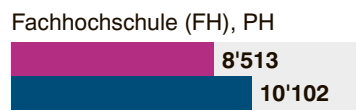
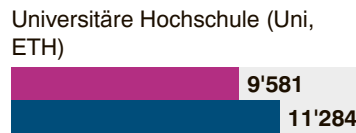
Wird die Teuerung berücksichtigt, sieht die Lohnentwicklung weniger rosig aus. «Für Normalverdienende war sie die letzten Jahre schlecht», sagt Daniel Lampart, der Chefökonom des Gewerkschaftsbunds. Zwischen 2020 und 2025 hätten die Reallöhne – also die Einkommen nach Abzug der Teuerung – abgenommen, und das trotz gesteigerter Produktivität und trotz Fachkräftemangels.

Lampart sieht das Hauptproblem darin, dass eine stärkere Umverteilung zugunsten der Aktionäre und der Topsaläre stattfinde. Zudem hätten die Arbeitnehmen-

2024 lag der Medianlohn bei 7024 Franken brutto

Monatlicher Bruttolohn in Franken, 2024

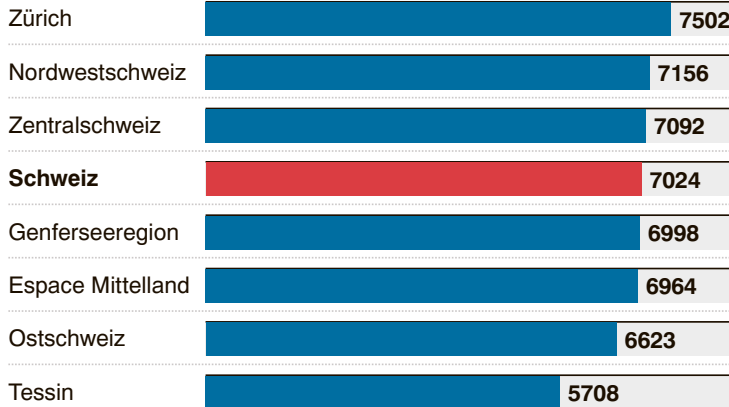
Frauen Männer



Grafik: db / Quelle: Bundesamt für Statistik

In Zürich verdient man am meisten

Monatlicher Bruttolohn in Franken (Median), 2024



Grafik: db / Quelle: Bundesamt für Statistik

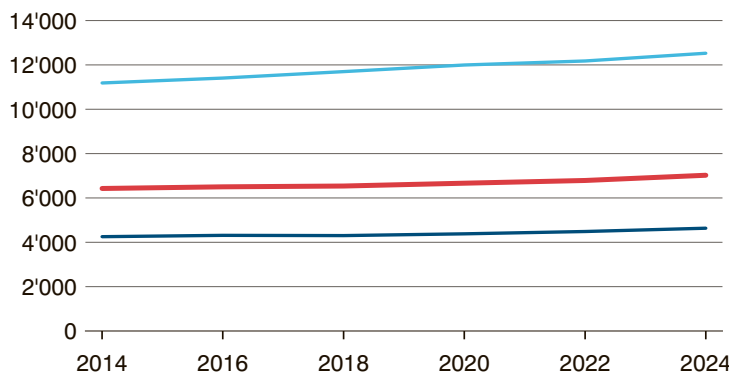
Unterschied zwischen hohen und tiefen Löhnen blieb stabil

Monatlicher Bruttolohn in Franken, 2014 bis 2024

am besten bezahlte 10 Prozent

Median

am schlechtesten bezahlte 10 Prozent



Grafik: Bundesamt für Statistik / Quelle: db

den früher mindestens die Teuerung ausgeglichen bekommen.

Heute verweigerten Arbeitgeber oft Gespräche über Lohn erhöhungen, obwohl sie höhere Kosten den Kunden weitergeben könnten. Die Lohndaten zeigten,

dass es nun auch in der Schweiz mehr Konflikte und ein härteres gewerkschaftliches Vorgehen brauche, damit es bei den Löhnen aufwärtsgehe, so Lampart.

Roland Müller, Direktor des Schweizerischen Arbeitgeber-

verbands, hält fest, dass die Löhne überall gestiegen seien. «Das zeugt von einem stabilen Arbeitsmarkt», sagt er. Auch der Tieflohn sei in der Schweiz im internationalen Vergleich sehr hoch.

Grosse Unterschiede je nach Branche

Je nach Wirtschaftszweig waren 2024 grosse Lohnunterschiede zu beobachten. Deutlich über dem Medianlohn lagen die Löhne in Branchen mit hoher Wertschöpfung wie der Forschung und Entwicklung (9139 Franken), der Pharmaindustrie (10'159 Franken), den Banken (10'723 Franken) oder der Tabakindustrie (14'304 Franken).

In der Mitte der Skala waren Branchen wie Metallerzeugung und -bearbeitung (6279 Franken), Baugewerbe (6616 Franken), Luftfahrt (7134 Franken), Grosshandel (7478 Franken) und Maschinenindustrie (7632 Franken) zu finden. Zuunterst in der Lohnpyramide waren der Detailhandel (5214 Franken), die Gastronomie (4744 Franken) und die Beherbergung (4715 Franken).

Die Lohnhierarchie wird derweil weitgehend vom Ausbildungsniveau bestimmt. Mit einem universitären Abschluss erhielten Arbeitnehmende für eine Vollzeitstelle einen Bruttomonatslohn von 10'533 Franken, mit einem Fachhochschulabschluss 9288 Franken und mit einem EFZ 6390 Franken.

Bei vergleichbarer Ausbildung waren hingegen die Art der Funktion und die ausgeübte Tätigkeit im Unternehmen ausschlaggebend für die Höhe der effektiven Entlohnung. Eine Person mit Universitätsabschluss verdiente in einer Stelle mit einem hohen Mass an Verantwortung 14'409 Franken, während es in einer Stelle ohne Verantwortung 8645 Fran-

Bei Stellen mit viel Verantwortung fiel der Lohn von ausländischen Arbeitnehmenden höher aus als jener von Schweizer Arbeitnehmenden.

ken waren. Analog dazu belief sich der Lohn für eine Person mit EFZ in einer Stelle mit einem hohen Mass an Verantwortung auf 8252 Franken und in einer Stelle ohne Verantwortung auf 6162 Franken.

Bei den Arbeitsstellen, die ein hohes Mass an Verantwortung erfordern, fiel der Lohn der ausländischen Arbeitnehmenden insgesamt höher aus als jener der Schweizer Arbeitnehmenden. So verdienten etwa Grenzgängerinnen und Grenzgänger (G-Ausweis) mit hohem Mass an Verantwortung 11'207 Franken, Personen mit Niederlassungsbewilligung (C-Ausweis) 11'966 Franken und Personen mit einer Aufenthaltsbewilligung (B-Ausweis) 13'090 Franken, während sich der Lohn der Schweizer Arbeitnehmenden mit hohem Verantwortungsniveau auf 10'989 Franken belief.

Im Vergleich der Regionen ist Zürich an der Spitze, und das Tessin bildet das Schlusslicht.

Frauen holen bei den Löhnen auf – aber Spitzengehälter haben Männer

Lohnschere in der Schweiz Die Gehälter der Geschlechter gleichen sich an. Trotzdem arbeiten vorwiegend Frauen in Tieflohnbranchen. Wo die Kluft am grössten ist.

Die Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern ist weiter gesunken. Dies ist die positive Nachricht für Frauen, welche fünf Männer bei der Präsentation der neuen Lohnstrukturerhebung des Bundesamts für Statistik (BFS) für 2024 gestern in Bern mitteilen konnten. 2024 betrug das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen noch 8,4 Prozent, gegenüber 9,5 Prozent im Jahr 2022. 2008 lag die Differenz bei über 16 Prozent.

Ines Hartmann, Direktorin des Competence Center for Diversity, Disability and Inclusion der Universität St. Gallen (HSG), sieht mehrere Gründe für diesen Fortschritt: «Es gibt mehr Frauen in Führungspositionen als vor 10 oder 15 Jahren. Zudem haben Lohnbänder den Spielraum für Verhandlungen verkleinert, was Frauen zugutekommt, die oft zurückhaltender verhandeln.» Dadurch orientierten sich

Löhne stärker an Kompetenzen und Qualifikationen statt an Faktoren wie dem Alter.

Bis 30 Lohngleichheit – dann fallen Frauen mit Familie ab

Bei den 20- bis 29-jährigen Arbeitnehmenden ist die Lohnlücke laut BFS nahezu geschlossen – junge Männer und Frauen verdienen fast gleich viel. Doch danach öffnet sich die Schere deutlich. Ledige Frauen verdienen auch im höheren Alter ähnlich viel wie ihre männlichen Kollegen, während das Gehalt verheirateter Frauen ab 30 sinkt.

Die Statistik liefert dazu keine direkten Erklärungen. Ines Hartmann vermutet, dass vor allem die Familiengründung und damit zusammenhängende Aspekte die Gehaltsunterschiede bei Frauen im späteren Alter vergrößert. Gründe dafür sind Teilzeitarbeit und das Klischee, Frauen mit Kindern strebten keine Karriere



2024 betrug das Lohngefälle noch 8,4 Prozent, gegenüber 9,5 Prozent im Jahr 2022: Pflegepersonal im Spital Männedorf. Foto: Urs Jaudas

an. Bei genauem Hinsehen zeigt sich wie in den Vorjahren, dass die Verteilung der Frauen und Männer innerhalb der verschiedenen Lohnklassen nach wie vor

sehr ungleich ist. Spitzenverdiener sind vor allem Männer: Drei von vier Beschäftigten mit einem Monatsgehalt von 16'000 Franken sind männlich.

«Lohnbänder haben den Spielraum für Verhandlungen verkleinert, was Frauen, die oft zurückhaltender verhandeln, zugutekommt.»

Ines Hartmann

Direktorin des Competence Center for Diversity, Disability and Inclusion der Universität St. Gallen

Um den Frauenanteil in Spitzenpositionen zu erhöhen, fordert Hartmann bessere Vereinbarkeit von Familie und Karriere. Teilzeitmodelle oder geteilte Füh-

rungsrollen könnten hier helfen, da Frauen oft wegen familiärer Verpflichtungen weniger arbeiteten. Auch sei es wichtig, in Beförderungsprozessen Transparenz zu schaffen und Vorurteile bei Führungskräften abzubauen.

Bei den Tieflohnjobs sind zwei Drittel Frauen

Zudem halten Frauen knapp zwei Drittel der Tieflohnjobs, in denen weniger als 4500 Franken monatlich gezahlt wird. Sie arbeiten häufiger in schlecht bezahlten Branchen wie Reinigung, Coiffeursalons oder Gastronomie. Hartmann plädiert für höhere Löhne in diesen Bereichen und sagt: «Wir sollten junge Frauen auch für technische Berufe und Studiengänge begeistern, die oft besser bezahlt werden.»

Felix Rüdiger

Brussels says Eurozone countries at risk over debt and spending

Financial Times Europe
26 nov. 2025
PAOLA TAMMA — BRUSSELS

Rising public deficits and debt levels in the Eurozone pose “sustainability risks” in several countries, the European Commission has warned.

In its latest assessment of Eurozone countries’ compliance with EU fiscal rules — which aim to keep public deficits within 3 per cent of annual GDP — the commission found that owing to “immense demands on public finances” several countries were “having [fiscal] sustainability risks”, EU economy commissioner Valdis Dombrovskis said.

“After declining substantially in previous years, aggregate euro area deficit levels and debt levels have started to edge up again, so we need to remain vigilant,” he added in an interview with the Financial Times.

The commission found that the 2026 budgets of both the Netherlands and Malta were not complying with EU fiscal rules — which also aim to keep debt-to-GDP ratios below 60 per cent — with planned expenditure significantly in excess of spending limits previously agreed with the commission. It is a similar case for Spain, Croatia, Lithuania, Slovenia, Bulgaria and Hungary, though by a smaller margin.

The commission also recommended yesterday that Finland be placed under an excessive deficit procedure for surpassing the 3 per cent deficit threshold. It would become the tenth EU country to be placed under the punitive process, which for Eurozone members can eventually result in fines if corrective measures are not taken by governments.

Finland’s deficit came in at 4.5 per cent of GDP last year, and is projected to be 4.3 per cent this year, though Dombrovskis noted that the Nordic country faced “exceptional circumstances”, such as geopolitical risks and the closure of its border with Russia, “which has led to very slow economic growth, basically economic stagnation”.

If a majority of EU countries confirm that Helsinki is in breach of the bloc’s fiscal rules, the commission will recommend spending cuts “taking into account the difficult situation in which Finland finds itself” and also the “need to increase defence expenditure”, he added.

France, which was placed in an excessive deficit procedure last year, and which last Saturday failed to pass a budget that would have reined in spending, is “compliant with the requirement of the fiscal rules” based on a draft budgetary plan submitted by Paris, Dombrovskis said.

But, he warned, the outcome of the country’s fraught budget process should be “to the extent possible close to the draft budgetary plan”, which targets a deficit of 4.7 per cent of GDP for 2026, in line with spending limits already agreed with the commission.

“We’ll be reassessing the situation once we see the outcome of budgetary discussions in France,” Dombrovskis said.

Meanwhile, Italy, whose budget deficit is projected by Prime Minister Giorgia Meloni’s government to decline to 3 per cent this year and to 2.8 per cent next, looks set to exit the excessive deficit procedure next spring, the commissioner said.

EN CHIFFRES

Impôts : les multinationales recourent toujours massivement à l'optimisation fiscale

Le nouveau rapport de l'OCDE sur l'impôt des sociétés révèle toujours des pratiques massives d'optimisation fiscale des multinationales. Les grands centres financiers comme l'île Maurice, Jersey ou le Luxembourg, captent à eux seuls 18 % de leurs profits.



Les centres financiers, comme ici les îles Caïmans, abritent encore une bonne partie des bénéfices des multinationales. (Photo iStock)

Par **Richard Hiault**

Publié le 25 nov. 2025 à 15:38 | Mis à jour le 25 nov. 2025 à 19:58

Le paysage fiscal des multinationales n'a pas fondamentalement changé ces dernières années. En dépit des travaux de l'Organisation de coopération et de développement économiques (OCDE) lancés en 2012 et **endossé par le G20 trois ans après** pour lutter contre l'érosion de la base fiscale et le transfert des bénéfices vers des cieux plus cléments fiscalement, **le rapport 2025 publié mardi** sur les statistiques de l'impôt sur les sociétés montre que ces pratiques persistent.

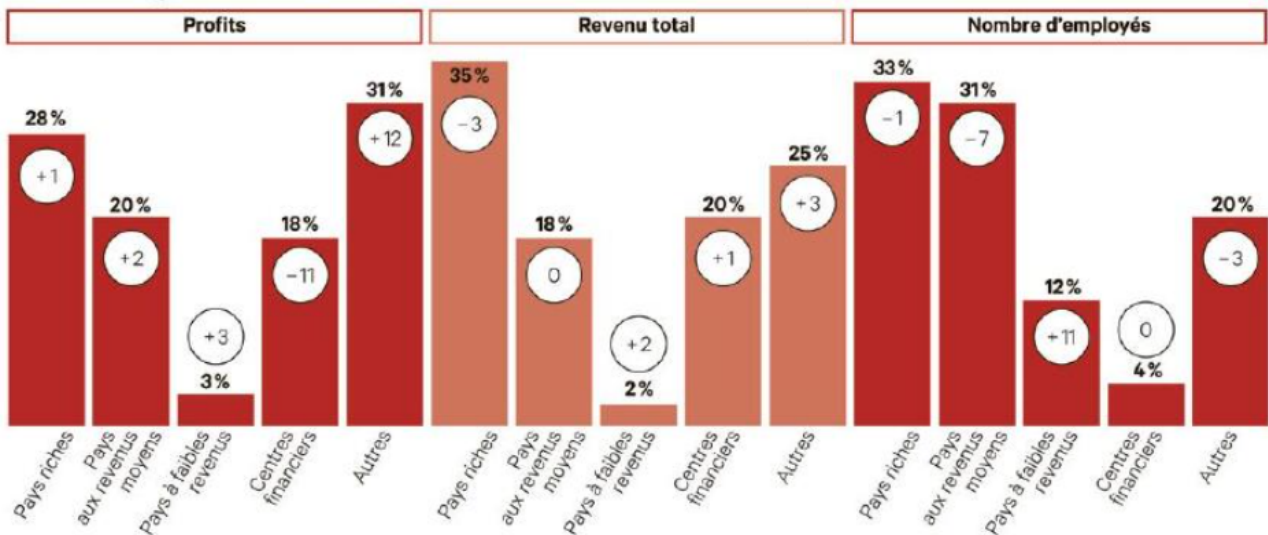
« Il existe des preuves d'un décalage entre le lieu de déclaration des bénéfices et le lieu où se déroulent les activités économiques » des sociétés, souligne ainsi l'organisation. Cette planification fiscale serait à l'origine de la perte de recettes fiscales évaluée entre 100 et 240 milliards de dollars. Cela équivaut à 4 à 10 % des recettes mondiales de l'impôt sur les sociétés.

« Pôles d'investissement »

Pour étayer ses observations, l'OCDE a analysé les activités de plus de 8.700 multinationales présentes dans plus de 130 pays dans le monde. Toutefois, seulement 106 pays peuvent aujourd'hui fournir aux administrations fiscales des statistiques d'activités des multinationales pays par pays. Un chiffre en constante augmentation depuis l'adoption de cette contrainte en 2016, où seuls 58 pays étaient capables de le faire.

La répartition des activités des multinationales dans le monde

En 2025, en % Variation 2025/2022, en points



• LES ECHOS • / SOURCE : OCDE

En règle générale, les multinationales localisent en majorité dans les pays industrialisés et les grands pays émergents leurs employés (un peu plus de 30 % des effectifs) et leurs actifs corporels (bâtiments, équipement, stocks, matériel roulant...) pour environ un tiers du total.

En revanche, il s'avère que ces grandes entreprises internationales déclarent une part relativement élevée de leurs bénéfices (18 % du total) par rapport au nombre de personnes employées sur place (4 % du total) et à leurs actifs corporels enregistrés (12 % du total) dans ce que l'OCDE désigne comme les « pôles d'investissement » (Bahamas, Bermudes, îles Vierges britanniques, Jersey, Luxembourg, Maurice). Dans ces centres d'investissement, l'activité prédominante concerne la détention d'actions. La concentration de sociétés holding pourrait ainsi révéler certaines structures d'optimisation fiscale.

« Le ratio entre le chiffre d'affaires total et les bénéfices rapportés au nombre d'employés est plus élevé dans les pôles d'investissement », souligne encore l'organisation. Dans ces pays, le chiffre d'affaires médian par employé s'élève à 1,73 million de dollars (il était de 2 millions en 2018). Mais le ratio est de... 460.000 dollars dans les pays riches et 245.000 dollars dans les pays émergents.

Hausse de l'impôt sur les sociétés

A l'heure où le débat fait rage en France pour taxer davantage les multinationales et que le projet d'instaurer un taux minimum effectif d'imposition de 15 % sur leurs bénéfices a du plomb dans l'aile, il apparaît néanmoins que les impôts ont progressé. En 2022, la part des recettes de l'impôt sur les sociétés dans les recettes fiscales totales a augmenté de près de deux points de pourcentage, passant de 15,9 % à 17,8 % en moyenne dans les quelque 130 pays analysés.

La part de ces recettes en pourcentage du produit intérieur brut (PIB) est passée de 3,1 % à 3,6 % en moyenne. Surtout, la part des recettes fiscales provenant des grandes multinationales a augmenté. Ces dernières ont contribué en moyenne à hauteur de 47,1 % aux recettes totales de l'impôt sur les sociétés en 2022, contre 44,4 % en 2017.

Cette hausse est sans doute due à un gonflement des bénéfices imputable à la reprise économique intervenue après la pandémie de Covid. Le taux d'imposition des sociétés est resté stable entre 2021 et 2025. Il était de 21,2 % en moyenne mondiale l'an passé, contre 28 % en 2000.

La mobilisation pour le rail romand ne faiblit pas

TRANSPORTS L'expertise commandée par le conseiller fédéral Albert Rösti continue à susciter la controverse. Réunie hier à Genève, l'association OuestRail veut maintenir la pression en vue d'un rééquilibrage en faveur de la Suisse occidentale

YVAN PAUCHARD

C'est peu dire que plusieurs semaines après sa publication, le désormais fameux rapport Weidmann continue de provoquer des vagues en Suisse romande. Celle-ci estime être le parent pauvre de cette expertise commandée par la Confédération pour prioriser ses projets d'infrastructures en matière de transports d'ici à 2045. «Si on intègre le canton de Berne, la Suisse occidentale représente 40% de la population, mais seulement 20% des investissements prévus dans ce document», a ainsi relevé le conseiller d'Etat genevois Pierre Maudet, en marge du colloque annuel d'OuestRail, qui s'est déroulé hier à Genève.

«Genève n'est pas un cul-de-sac»

Le choix de la Cité de Calvin pour accueillir l'événement de l'association de promotion du rail, consacré cette année à cette politique de transport 45, n'est pas un hasard. C'est à Genève en effet que la colère est la plus forte contre les conclusions, jugées «zuricho-centrées», du rapport d'Ulrich Weidmann, professeur à l'EPFZ. Dénonçant un manque de vision pour l'avenir, Pierre Maudet estime notamment incompréhensible le déclassement de la nouvelle gare de l'aéroport de Cointrin, «alors qu'elle bénéficie à l'économie romande tout entière», tout comme celui du métro JLS (pour Jura-Léman-Salève). Un dossier sur lequel le conseiller d'Etat a décidé d'aller de l'avant, malgré les réticences de Berne.

La conseillère nationale verte genevoise Delphine Klopfenstein Broggini abonde dans le même sens, regrettant que le rapport n'ait pas pris en compte l'importance des connexions internationales. «Genève n'est pas un cul-de-sac, c'est l'ouverture vers la France et l'Europe», souligne l'écologiste, donnant encore l'exemple du suc-

cès du Léman Express, qui transporte 50% de passagers en plus que prévu et qui a permis un important transfert modal. D'autres régions frontalières, comme Bâle ou le Tessin, ont d'ailleurs aussi fait part de leur mécontentement.

S'il reconnaît que l'expertise ne propose pas de réelles avancées, le président d'OuestRail, le conseiller national PLR Damien Cottier, veut de son côté «voir le verre à moitié plein». «Le rapport Weidmann reconnaît le sous-investissement dans les infrastructures en Suisse romande, qui a conduit à un rallongement des temps de parcours, et le besoin de rattrapage sur l'axe est-ouest, note le Neuchâtelois. Il pose également les bases d'un consensus politique autour d'une variante d'un fonds ferroviaire passant de 14 à 24 milliards, qui n'aurait pas été acquis sans ce travail.» A ses yeux, il faut y voir une expertise technique qui ouvre la porte à un long processus politique. «La période promet d'être charnière», annonce Damien Cottier.

Dans ce contexte, le conseiller aux Etats jurassien Charles Juillard appelle à «l'union sacrée d'une Suisse romande qui a le droit de se sentir flouée, tant les promesses de Rail 2000 sont loin d'être réalisées». Pour le centriste, il faut toutefois reconnaître que, par le passé, la mobilisation de la région n'a pas toujours été à la hauteur. «Zurichois et Lucernois arrivent toujours à s'asseoir sur leurs divergences pour faire avancer leurs projets», observe-t-il encore.

La pression des cantons

Les choses sont peut-être en train de changer. Le 2 octobre dernier, des représentants économiques et politiques de tous les cantons francophones sont montés défendre leurs intérêts à Berne, faisant preuve d'une rare unité. Depuis, la pression n'a pas baissé. Lundi encore, pas moins de six conseillers d'Etat, membres de la Conférence des transports de la Suisse occidentale (CTSO), ont rencontré le conseiller fédéral Albert Rösti et différents représentants du Département des transports (DETEC), pour faire part de leurs réserves concernant le rapport Weidmann. ■

Et au milieu de Genève coule une nouvelle rivière

Renaturation de la Drize Dans le PAV, un premier tronçon de la rivière à l'air libre, sur une longueur de 450 mètres, a été inauguré mardi. Un petit cours d'eau pour de grands enjeux.

Cathy Macherel

Post tenebras lux! La devise genevoise, prononcée en chœur par les représentants politiques mardi au moment de l'inauguration, ne pouvait pas être mieux choisie: après environ septante ans d'enfermement sous le béton, la Drize revoit la lumière au cœur du quartier Praille-Acacias-Vernets (PAV).

Ses eaux courent désormais à ciel ouvert dans le secteur Étoile, autour du campus Pictet de Rochemont, s'engouffrent sous la route des Acacias, restent un moment sous terre le long de Media Markt et réapparaissent au nord du Pavillon Sicli. Au total, 450 mètres de remise à ciel ouvert.

Le grand public pourra déjà observer la rivière cette semaine dans le secteur de Boissonnas. Les berges sont conçues avec des secteurs protégés pour la flore et la faune, et d'autres qui permettent aux humains d'accéder à l'eau.

Certes, les deux tronçons sont encore loin de représenter la totalité de la renaturation de la Drize, prévue de la route de Saint-Julien jusqu'à l'Arve, mais ils donnent déjà un aperçu de ce que veut dire «faire renaître une rivière en ville», avec les innombrables apports d'une telle opération.

Peu à peu enterrées

L'enjeu, majeur, préoccupe nombre de villes européennes qui, au XX^e siècle, ont condamné des cours d'eau pour les besoins du développement. Routes, rails ont remplacé les axes bleus, lesquels ont été enfouis sous terre. À Genève et Carouge, le secteur de la Praille n'a pas échappé à cette règle.

En 1940 encore, la Drize et l'Aire circulaient à l'air libre dans le secteur, un apport d'eau bénéficiant au sol et à l'agriculture. Les années 50 les ont canalisées, puis enfermées peu à peu, pour gagner du terrain dédié aux activités humaines et par commodité. En 1970, ni la Drize ni l'Aire ne voyaient plus le ciel dans ce coin de la cité.



La Drize renaturée dans le secteur de Boissonnas, avec, au fond, la tour Pictet et le Pavillon Sicli.

À l'heure où les villes ne respirent plus, y faire ressusciter des cours d'eau représente un sacré défi, à la hauteur de bénéfices importants. Genève l'a imaginé, Genève l'a fait. Un projet unique en Europe. «Permettre à la ville de gagner en nature, en respiration, en qualité de vie, ce n'est pas décoratif, c'est un acte fondateur», dit Nicolas Walder, le nouveau conseiller d'État chargé de l'Aménagement du territoire.

Gérer les crues

«Avec ce projet, on redonne un peu à la Drize ses vertus d'autrefois», souligne de son côté, aux abords de la rivière, Kim Ehrensperger, chargé de projets du Service de l'aménagement des eaux et de la pêche à l'Office cantonal de l'eau. «Ce corridor bleu va permettre de rafraîchir la ville et d'y amener la nature. Les aménagements au bord de la rivière vont profiter aux habitants du quar-

tier et le tracé va structurer les axes de mobilité douce.»

Autre enjeu important: celui de maîtriser le risque d'inondation des nouveaux quartiers où vivront des milliers d'habitants. Techniquement, l'aménagement a été conçu pour gérer les crues. Le grand public ne le voit pas, mais la rivière est accompagnée d'une galerie permettant d'absorber le surplus en cas d'élévation du niveau des eaux. Le dispositif sera apte à gérer une crue avec un débit allant jusqu'à 17 m³ par seconde.

«Sans ce projet, il aurait suffi que le canal par lequel s'écoulait la Drize avant qu'on y fasse des travaux se bouche à 50% pour inonder tout le secteur du PAV. C'est d'ailleurs arrivé en 2024, et c'est grâce à une intervention rapide qu'on a évité le pire», poursuit Kim Ehrensperger.

En été, la Drize a souvent manqué d'eau, au point qu'il a fallu l'approvisionner. À terme, la nouvelle rivière ne va-t-elle pas se

transformer en un petit ru à la saison chaude? Pour gérer ce risque, il a fallu travailler sur plusieurs axes. Des accords ont été passés avec la France voisine pour que l'exploitation des nappes phréatiques bénéficie à la Drize. En outre, un dispositif de récupération des eaux printanières sera mis en place, de même qu'une conduite permettant de récupérer des eaux du réseau GeniLac.

Une première enveloppe de 35 millions de francs a permis de réaliser les études et ces premiers bouts de renaturation. La suite? À l'été 2026, des autorisations de construire seront déposées pour la remise à ciel ouvert de la Drize dans le secteur du futur parc des Sports. En 2027, toujours dans le PAV, avancera aussi la planification de la renaturation de l'Aire avec un nouveau projet de loi, lequel doit permettre aussi de compléter des tronçons de la Drize. Les deux rivières devraient être entièrement libérées du béton en 2035.

Les dessous de l'accord hors norme Suisse-USA

Baisse des tarifs douaniers Que s'est-il passé en coulisses? Voici ce que l'on sait.

«La Suisse s'est mise à plat ventre devant les USA», «La Suisse est un des pays qui s'en tire le mieux dans les négociations», «L'accord n'a même pas été soumis au peuple»: autant d'affirmations péremptoires qui ont jailli dès que l'accord Suisse-USA, abaissant les tarifs douaniers de 39 à 15%, a été dévoilé.

Qu'en est-il vraiment? Petit à petit, au fil des interviews de Guy Parmelin et des informations qui sortent de l'Administration fédérale et des milieux économiques, on en apprend plus sur le deal hors norme entre la Suisse et les USA. Voici quatre points à retenir.

— Surtaxe globale de 6,7% et non de 15%

Officiellement, la Suisse a signé un accord pour des droits de douane de 15%. Mais il faut bien comprendre que ces 15% ne s'appliquent pas à tous les produits. L'entreprise d'avions Pilatus, qui avait annoncé renoncer à ses exportations aux États-Unis, vient d'obtenir des droits de douane de 0%. Pour Nestlé aussi, bonne nouvelle. Comme Trump ne veut pas qu'un produit de première nécessité comme le café voie son prix exploser via une taxation supplémentaire, il a décidé de l'exonérer de tout droit de douane. Rappelons aussi que les produits de la pharma n'ont jamais été frappés de la taxe de 39%, ni de 15%.

Comme nous vous l'avions révélé, l'économiste Adrian Prettejohn, de Capital Economics, estime dès lors que le droit de douane moyen est d'environ 7% pour la Suisse. Soit un des taux les moins élevés parmi les pays industrialisés. Du côté de l'Administration fédérale, on confirme et on parle même d'un taux moyen de 6,7%.

— Un milliardaire suggère un tweet à Trump

Guy Parmelin avait déjà déclaré que cinq grands patrons d'entreprises suisses, de Rolex à MSC, avaient joué un rôle décisif pour faire avancer les négociations. Comment ont-ils fait pour être reçus par Trump alors que les conseillers fédéraux n'ont même pas eu ce privilège? Apparemment, ils ont fait jouer leurs contacts personnels dans le cabinet de Trump, qui est peuplé d'hommes d'affaires. Et présenté un plan massif d'investissements pour rééquilibrer la balance commerciale. Un des cinq patrons a, à la suite de l'entrevue, suggéré à

Trump de faire un tweet, sur son réseau Truth Social, désignant l'ambassadeur Greer comme ayant la haute main pour faciliter le deal final. Ce qui a profité à la Suisse officielle.

Toute l'affaire fait réfléchir à Berne. Et on se demande de plus en plus au Département fédéral de l'économie, Parmelin en tête, s'il ne faut pas engager à l'avenir des lobbyistes américains, qui connaissent le biotope de Washington et parlent le langage MAGA, pour défendre les intérêts de la Suisse.

— Deux cents milliards et la souveraineté suisse

La partie la plus importante du deal entre la Suisse et les USA concerne non pas l'État, mais les entreprises suisses. Elles se sont engagées à investir ces prochaines années 200 milliards aux États-Unis. Qui paie quoi? Il n'y a pas de liste officielle. Mais officieusement, on parle de 100 milliards pour les pharmas, de 70 milliards pour les investissements dans des produits financiers et de 20 à 25 milliards concernant le secteur de l'alimentation humaine.... et canine.

Certains craignent que la Suisse doive reprendre des sanctions américaines contre un pays ou des entreprises. Guy Parmelin l'a démenti. Et l'Administration fédérale ajoute que cela n'est pas possible, car il n'y a pas de base légale pour cela. Actuellement, la Suisse ne peut reprendre légalement des sanctions que de deux entités: l'ONU et l'UE.

— Le peuple aura le dernier mot

L'accord signé avec les USA échauffe certains esprits, mais il faut retenir qu'il n'est pas, pour l'instant, juridiquement contraignant. Il doit faire place à un autre accord qui, lui, engagera juridiquement la Suisse. Les négociations débiteront avant la fin de l'année. Auparavant, le SECO devra recueillir un mandat de négociations du Conseil fédéral. Ce dernier y fixera les objectifs à atteindre et les lignes rouges à ne pas franchir.

L'accord formel Suisse-USA devrait intervenir dans le premier semestre 2026. Ensuite, il devra être accepté par le parlement fédéral. Et si un référendum est lancé, c'est le peuple qui aura le dernier mot.

Arthur Grosjean Berne



Les engagements des patrons des grands groupes suisses ont joué un rôle crucial. Ici, en visite début novembre chez le président Trump.



Jamieson Greer (links) spielte beim Zustandekommen des Zolldeals mit der Schweiz eine zentrale Rolle. Foto: Mark Schiefelbein (AP)

15-Prozent-Zölle kommen wohl in der ersten Dezemberwoche

Schweizer Deal mit USA Chlorhühner, Cybertrucks und die Rolle der Milliardäre: 12 Tage nach der Einigung mit Trump konkretisiert sich, wie das Abkommen zu verstehen ist.

Benjamin Bitoun und **Fabian Fellmann**

Überdimensionierte Trucks auf Schweizer Strassen, Chlorhühner im Supermarkregal, die Rolle der Schweizer Milliardäre im Oval Office: Seit Bundesrat Guy Parmelin und Staatssekretärin Helene Budliger den Zolldeal mit den USA bekannt gegeben haben, gehen die Wogen hoch. Und es herrscht Unsicherheit darüber, welche Zugeständnisse die Schweiz genau gemacht hat. Knapp zwei Wochen nach der Einigung hat sich der Nebel nun zum Teil gelichtet. Die Antworten auf die wichtigsten Fragen:

— **Ab wann gelten die reduzierten Zölle?**

In der Bundesverwaltung ist man zuversichtlich, dass die USA den Zollsatz für Importe aus der Schweiz bereits in der ersten Dezemberwoche von 39 auf 15 Prozent senken werden – auch wenn sich beim Staatssekretariat für Wirtschaft nach den Schwierigkeiten der letzten Monate offiziell niemand auf einen genauen Tag festlegen will.

Der US-Handelsbeauftragte Jamieson Greer hatte nach der Bekanntgabe der gemeinsamen Absichtserklärung von 10 bis 15 Tagen gesprochen, bis der neue Zollsatz in Kraft trete.

— **Muss die Schweiz bei Autos Sicherheitsstandards der USA übernehmen?**

Tatsächlich ist im «Joint Statement» die Rede davon, die Zulassung von einzelnen Gütern in der Schweiz durch Anerkennung von US-Normen zu vereinfachen. Davon könnten auch amerikanische Autos wie etwa Teslas Cybertruck betroffen sein.

Bloss: Wie es beim Bund heisst, geht es dabei nicht um eine weitgehende Übernahme von amerikanischen Sicherheitsvorschriften, sondern lediglich darum, Einzelzulassungen von US-Autos zu vereinfachen. Das Gros der in der Schweiz verkauften Neuwagen wird ohnehin über die EU-Typengenehmigung zugelassen. Heisst: Nur wenn auch die EU die etwa in Sachen Sicherheit, Lärm und Abgasen abweichenden amerikanischen Standards übernehmen würde, kämen solche US-Autos in grossen Mengen in die Schweiz.

Die Delegation, die Trump im Oval Office empfing, dürfte als Türöffner gewirkt haben, dies kann mittlerweile als gesichert gelten.

— **Wird der Import von Chlorhühnern erlaubt?**

Bis auf weiteres nicht. In einem ersten Schritt erlaubt der Bund den Import von 1500 Tonnen Geflügel aus den USA. Mit Chlordioxid behandeltes Fleisch ist aber in der Schweiz nicht zum Verkauf zugelassen, das gilt auch für das zusätzliche Importkontingent. Allerdings zeichnet sich ab, dass die USA in den anstehenden Verhandlungen für ein Handelsabkommen auf ein Ende des Schweizer Verbots drängen werden. Bundesrat Guy Parmelin hatte im Interview mit dieser Redaktion gesagt, er sei bereit, darü-

ber zu reden – im Wissen darum, dass Parlament und Konsumentenschützer Nein sagen dürften.

— **Welche Rolle spielten die Milliardäre bei dem Deal – und was wussten sie?**

Das Treffen von Wirtschaftsführern mit Donald Trump im Oval Office wurde über die Landesgrenzen hinaus kritisch kommentiert. Die SP etwa befürchtet einen «massiven Eingriff privater Akteure in die Aussenpolitik». Sie fragte, ob einzelne Milliardäre möglicherweise vertrauliche Vertragsentwürfe oder Informationen vom zuständigen Bundesrat erhalten hätten.

Bundesrat Parmelin verneinte das mehrfach. Gleich tönt es auch aus der Bundesverwaltung. Die Offerte, welche die Schweiz den USA letztlich unterbreitete, habe keiner der Wirtschaftsvertreter gesehen. Das bestätigt dieser Redaktion eine weitere Quelle aus dem Umfeld eines der im Oval Office anwesenden Milliardäre.

Dennoch gilt deren Rolle als Türöffner beim US-Präsidenten mittlerweile als gesichert. Erstens waren sie es, die als Erste erkannt hatten, dass das Handelsdefizit der USA gegenüber der Schweiz für Trump das entscheidende Ärgernis darstellte. Sie entwickelten die Idee, das Defizit durch eine Verlagerung von Teilen der Pharmaproduktion und Goldschmelzen in die USA zu senken.

Zweitens kannten alle fünf Wirtschaftsvertreter den Präsidenten oder Mitglieder von dessen Regierung persönlich. Dadurch erreichten sie, dass die Schweiz auf Trumps Prioritätenliste wieder nach oben rückte.

— **Macht Donald Trump eine Kehrtwende, falls**

das Handelsdefizit mit der Schweiz nicht zurückgeht?

In diesem Punkt bestehen in Bundesbern grosse Sorgen. Denn es ist paradox: Wie diese Redaktion bekannt machte, wurde die Schweiz durch den Deal von der grossen Verliererin zur Gewinnerin. Gemessen am Handelsvolumen kommt sie neu auf eine durchschnittliche Zollbelastung von 6,7 Prozent – die niedrigste aller Industrienationen.

Weil nun aber aufgrund der niedrigeren Zölle die Wettbewerbsfähigkeit von Schweizer Firmen auf dem US-Markt wieder zunimmt, dürften auch deren Exporte wieder steigen – und damit womöglich auch das Handelsdefizit mit den USA.

Damit das nicht passiert, ist es zentral, dass künftig der Grossteil der Pharmaprodukte für den US-Markt nicht mehr in der Schweiz, sondern in den USA hergestellt wird. Die Pharmaexporte machen mehr als die Hälfte der Schweizer Exporte in die USA aus.

— **200 Milliarden Franken an Investitionen: Wie schafft die Schweiz das?**

Die Schweiz hat versprochen, 200 Milliarden Dollar in den USA zu investieren – eine enorme Summe. Zum Vergleich: Die EU als Ganzes hat Investitionen von 600 Milliarden Dollar zugesagt.

Die Hälfte der Schweizer Investitionen soll von der Pharmabranche gestemmt werden: Novartis und Roche allein haben je 50 Milliarden Dollar an Investitionen zugesagt. Weiter sollen 70 Milliarden Dollar an Investitionen in den US-Finanzsektor fliessen, 5 bis 10 Milliarden in den Energiesektor sowie 20 bis 25 Milliarden in die Nahrungsmittelbranche.

Ageing populations will lower living standards, warns study

Financial Times Europe
26 nov. 2025
VALENTINA ROMEI — LONDON

Demographic shifts will reduce living standards in large parts of Europe and elsewhere as governments face increasing pressure to implement contentious policies, a report has warned.



Falling fertility and working-age populations are projected to reduce annual GDP per capita growth by almost 0.4 percentage points on average between 2024 and 2050 in eastern Europe and the Caucasus, according to a study by the European Bank for Reconstruction and Development.

The international lender's study primarily focused on the "emerging" European countries in which it invests, such as Poland, Bulgaria and Slovenia. But it also extended to several advanced economies where the effects of an ageing population will be starker.

A dwindling share of the working age population is expected to result in a 1.1 percentage point hit to GDP per capita over the same period for South Korea, over 0.7 percentage points for Italy and Spain, 0.5-0.6 percentage points for China and Japan, and 0.4 for Germany.

"Emerging Europe is ageing. Low fertility and a shrinking workforce will increasingly weigh on its growth prospects," said Beata Javorcik, EBRD chief economist.

Raising the pension age and leveraging migration, innovation and technology to sustain prosperity could offset part of this trend, but the rising political influence of older voters may hinder such reforms, she warned.

France recently had to suspend reforms to raise its pension age from 62 to 64 in the face of bitter opposition. Other governments are also facing similar resistance to policies designed to address their demographic crises.

The EBRD study echoed a warning earlier this year by the OECD, which estimated that demographic pressure will reduce GDP per capita growth in the 38-country grouping from 1 per cent a year in the 2010s to 0.6 per cent a year on average over the 2024-60 period.

The EBRD suggested that 42 per cent of over-65s, mostly in regions in which it invests, would like governments to prioritise spending on healthcare and 25 per cent on pensions but only 18 per cent mentioned education. Older voters also have stronger anti-immigration sentiment, both in the EBRD regions and advanced European economies.

"The time to act is now before demography closes off your options," said Javorcik.

"Because there may be this spiral that's being created as voters get older, as leaders get older, they care more about issues of interest to the elderly, in particular pensions, and therefore it becomes harder to do any pension reforms."

Artificial intelligence could create significant productivity gains, but these are unlikely to fully offset the impact of demographic pressures on growth in the EBRD regions, the study said. It estimated that AI could provide, on average, about half of the required productivity growth in EBRD economies in the EU under a high-impact scenario.

The EBRD defines emerging Europe as eastern Europe, including Moldova; the western Balkans, including Albania, Kosovo and Montenegro; and the Caucasus, including Armenia and Georgia.

Fertility has been in persistent decline across the EBRD regions, falling to historically low levels in many economies and well below the replacement level of 2.1 children per woman, when populations stabilise without immigration.

As in advanced economies, these declines reflect delayed childbearing, shifting marriage patterns, economic pressures and evolving social norms. However, post-communist countries are getting old before getting rich, said the report, urging policymakers to act to secure the prosperity of younger people.

"Young people are the ones who will be bearing the consequences of decisions made today, paying off public debt or supporting the pension systems," said Javorcik. "What you want to do is start changes now."